

Nela Porobić Isaković
Friedenskonferenz - München 16.-17. April 2018

In Bosnien-Herzegowina, wo ich herkomme, ist der Krieg zwar schon seit über 20 Jahren vorbei, aber viele von uns in Bosnien denken immer noch jeden Tag über den Frieden nach und über die Voraussetzungen für den Aufbau eines Friedens, der mehr ist als die bloße Abwesenheit militarisierter Gewalt.

Es gibt eine Art offiziell verkündeten Frieden, dessen formaler Fortschritt an verschiedenen Punkten festgemacht wird:

1. an der Abwesenheit von Gewalt, (also an der Tatsache, dass es keinen Rückfall in die militarisierte Gewalt gibt),
2. an der Anzahl gelöster Eigentumsfragen und zurückgegebener Grundstücke, (also wie viele zwangsweise vertriebene Menschen ihr Eigentum zurückerhalten haben – und bitte beachten Sie, dass ich hierbei nur über den Besitz spreche und nicht über die tatsächliche Rückgabe oder Rückkehr von Menschen)
3. an der Entmilitarisierung, die stattgefunden hat, und an der Tatsache, dass die drei Armeen (die drei ehemals kriegführenden Faktionen) jetzt alle ein und derselben Armee angehören,
4. und auch an der Tatsache, dass sich Bosnien offiziell um einen Beitritt zur EU bemüht.

Dies sind nur einige wenige FORMALE Indikatoren für die sogenannten Erfolge unseres Friedensabkommens. Das zumindest will uns die politische Elite, sowohl die vor Ort und als auch die auf internationaler Ebene, uns weismachen, wenn sie behaupten, es sei ihnen gelungen, das kriegsgeschüttelte Land Bosnien in den Frieden zu überführen.

Ich denke, die Perspektive normaler Bosnier sieht etwas anders aus und folgt eher der Linie: *“Wir sind zurück auf Anfang der 90er und bewegen uns direkt auf einen neuen Krieg zu“*. Natürlich stellen sich dabei die Wenigsten dieselbe Art von Krieg, dieselbe Intensität an Gewalt vor, weil die aktuellen Machtverhältnisse und der aktuelle geopolitische Kontext andere sind, weil es nicht so viele Waffen gibt wie in den 90ern und weil die heutige Armee bei weitem nicht über die Kapazitäten verfügt wie die damalige Jugoslawische Nationalarmee. Trotzdem stellen sich immer mehr Menschen die Frage: „Leben wir wirklich in einem Frieden?“ und immer mehr junge Leute, Familien verlassen das Land wieder, weil es keinerlei Aussicht auf Fortschritt gibt (diversen Medienberichten zufolge haben im Jahr 2017 etwa 35.000 Menschen das Land verlassen)

Zusammen mit lokalen Aktivistinnen hat die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) viel Zeit damit verbracht, das Friedensabkommen und die nach dem Krieg daraus folgenden Prozesse der Erholung und des Wiederaufbaus aus feministischer Perspektive zu analysieren und zu verstehen. Dabei haben wir den Inhalt der Vereinbarung genauso analysiert wie ihre Ergebnisse. Und das tun wir zum einen in dem Versuch, Veränderungen in der Art und Weise herbeizuführen, wie die Dinge in Bosnien laufen, zum anderen aber auch um Alarm schlagen zu können, wenn alte Fehler anderswo drohen wiederholt zu werden. Denn, glauben Sie mir, genau das findet leider statt.

Und damit würde ich gern auf drei verschiedene Aspekte zu sprechen kommen, die im bosnischen Friedensprozess falsch gelaufen sind – die Ausgrenzung der Zivilgesellschaft, die Ausklammerung bestimmter thematischer Teilbereiche (das Schubladendenken) und den Neoliberalismus. Ich habe diese drei Gesichtspunkte ausgewählt, weil die Erfahrungen aus Bosnien leider kein Einzelfall sind. Ähnliche Vorgehensweisen lassen sich aktuell, und während wir hier sprechen, auch in anderen Teilen der Welt beobachten, etwa in der Ukraine, in Syrien, in Palästina, im Irak ...

Die Ereignisse einer Zeitspanne von mehr als 20 Jahren seit dem Ende des Bosnien-Krieges legen hinreichend Zeugnis über die Konsequenzen dieser absoluten Ausgrenzung sowohl für die Dauerhaftigkeit als auch für die Qualität des Friedens ab. Und wenn ich von der "Qualität des Friedens" spreche, dann meine ich damit unsere Fähigkeit, die zugrundeliegenden Ursachen des Krieges anzugehen und wirtschaftliche, politische und soziale Strukturen aufzubauen, die einen dauerhaften und gerechten Frieden aufrechterhalten können.

Einen großen Teil unserer Erkenntnisse haben wir übrigens im Rahmen feministischer Dialoge auch mit Frauen aus Syrien und der Ukraine diskutiert.

Lassen Sie mich also ein wenig über die AUSGRENZUNG der Zivilgesellschaft sprechen.

Ich denke, es wird Sie kaum schockieren, dass die Stimmen der Zivilgesellschaft und insbesondere die Stimmen und Erfahrungen von Frauen während des formalen Friedensprozesses in Bosnien in keiner Weise vorhanden waren.

Die Stimmen, die sich dort allerdings sehr wohl vernehmen ließen, waren die Stimmen der ethno-nationalistischen politischen Elite. Und das ist zum Beispiel in Syrien und in der Ukraine bis heute noch so – die Idee, dass man Frieden mit denjenigen aufbaut, die für den Krieg verantwortlich waren - den Männern mit den Waffen - und nicht mit denjenigen, für die der Frieden am wichtigsten ist.

Weil die zivilen Stimmen und speziell die Stimmen der Frauen ignoriert wurden, obwohl diese selbst inmitten des Krieges zuvorderst auf einen Frieden hingearbeitet hatten, wurden in unserem Friedensabkommen wichtige Dinge ausgelassen.

So wurde zum Beispiel nicht für die Einrichtung eines Wiedergutmachungsprogrammes gesorgt, dass den Opfern materiell und auf andere Weise bei der Überwindung der direkten und unmittelbaren Auswirkungen des Krieges geholfen hätte. Vor allem Frauengruppen, aber auch andere, die während des Krieges den Opfern vor Ort Unterstützung geleistet hatten, hätten den "Friedensunterhändlern" Wort für Wort darlegen können, welche Maßnahmen nötig wären, damit sich diese Opfer – zumindest in gewissem Maße – wieder erholen können. Innerhalb der Gruppe von zivilen Kriegsopfern hatten Frauen enorm zu leiden, zum einen als direkt Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt, zum anderen als Familienangehörige von anderen Kriegsopfern (als Ehefrauen, Töchter, Schwestern, Mütter). Und sie leiden weiter, weil die Mechanismen fehlen, um die unmittelbaren und die langfristigen Bedürfnisse der zivilen Opfer des Krieges abzufedern. Dass diese Dinge bei der Aushandlung des Friedensabkommens nicht berücksichtigt wurden, hat dazu geführt, dass sich die Betroffenen 20 Jahre nach dem Ende des Krieges in einer Lage befinden, die prekärer ist denn je.

Auch das Friedensabkommen selbst konzentrierte sich vor allem auf den Schutz der sogenannten bürgerlichen und politischen Rechte, zum Beispiel indem es dafür sorgte, dass innerhalb unserer staatlichen Institutionen keine ethnische Gruppe diskriminiert werden kann. Und das ist wichtig, Allerdings wurde diesen bürgerlichen und politischen Rechten ein Vorzug gegenüber den sozialen und wirtschaftlichen Rechten eingeräumt. Gerade die wirtschaftlichen und sozialen Rechte sind aber oft ein Teil der tiefgreifenden Ursachen für einen Krieg. Deshalb ist der Zugang zu und die Realisierung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten für die Übergangsphase nach einem Krieg von so wesentlicher Bedeutung.

Die Rechte auf gesundheitliche Versorgung, Beschäftigung, soziale Unterstützung, Unterkunft und Bildung sollten ein Hauptanliegen aller Nachkriegsprozesse sein. Sie sind eine Voraussetzung für den Zugang zu Gerechtigkeit und Teilhabe und umfassen zudem zahlreiche geschlechtsspezifische Aspekte. Dass die wirtschaftlichen und sozialen Rechte in unserem Friedensvertrag vernachlässigt wurden, entspricht indes der weit verbreiteten Praxis bei Friedensverhandlungen und den liberalen Vorstellungen von Frieden und Friedenskonsolidierung, die der Sicherung der politischen Ordnung und Stabilität gegenüber individuellen wirtschaftlichen Rechten und sozialer Sicherheit Vorrang einräumen.

Für uns bedeutet das heute, dass ethnische Gruppen der Verfassung nach zwar geschützt, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten in der Gesellschaft aber größer geworden sind denn je.

Und diese Ausklammerung wichtiger Themen bezieht sich leider nicht nur auf den Friedensprozess selbst. Er hat quasi nur die Maßstäbe für alles Weitere gesetzt.

Dieser, die Zivilgesellschaft vollkommen ausgrenzende Ansatz, bei Verhandlungen nur mit der ethno-nationalistischen politischen Elite zu sprechen, setzt sich seit über 20 Jahren immer weiter fort und reduziert die demokratischen Rechte auf Teilhabe der Bürger auf eine rein repräsentative Demokratie nach der Formel "Ihr hattet ja eure Wahlen". Kritische Stimmen außerhalb dieses formellen Allgemeinplatzes von Wahlen werden entweder ignoriert oder zum Schweigen gebracht. Und selbst die Sicherheitsratsresolution 1325, die seit nunmehr 17 Jahren in Kraft ist, hat die Teilhabe von Frauen nicht spürbar verbessern können.

Der zweite Gesichtspunkt, den ich ansprechen möchte, ist die AUSKLAMMERUNG thematischer Teilbereiche, oder das SCHUBLADENDENKEN, wenn man so will. Auffälligerweise schien als der Frieden ausgehandelt wurde, ein allgemeines Einverständnis darüber zu herrschen, dass es für den Frieden selbst keine Konsequenzen haben würde, wie und wann man sich mit den Ungleichheiten in der Gesellschaft, einschließlich der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, befasst. Und es ist bemerkenswert, dass alles, was in Bosnien-Herzegowina in Bezug auf den Frieden unternommen wurde, irgendwie immer dieser Logik gefolgt ist. Man sieht nicht, dass die Dinge miteinander verflochten sind, und glaubt, jeden Aspekt einzeln bearbeiten zu können. Dadurch sind unser Frieden und unser Leben vollkommen fragmentiert worden, und die in Gang gesetzten Prozesse haben sich in einer höchst problematischen Abfolge weiter entwickelt:

- Als Erstes unterzeichnen wir eine Friedensvereinbarung. Aber bei der darin enthaltenen Frage, wie dieser zukünftige Frieden genau aussehen soll, spielen Wiedergutmachungen für erlittene

Leiden keine Rolle, weil man sich damit ja später noch befassen kann. Und ganze 20 JAHRE später – ist das immer noch nicht geschehen.

- Dann geht es an freie und faire Wahlen. Aber mit der ethno-nationalistischen politischen Elite und mit den Diskursen, die uns in den Krieg geführt haben, befassen wir uns nicht. Nein. Man lässt die zuvor noch Krieg führenden Parteien an diesen Wahlen teilnehmen und behauptet dann später, es habe doch sehr wohl eine Teilhabe der Bürger und der Zivilgesellschaft an den Friedensverhandlungen gegeben, weil wir bei diesen freien und fairen Wahlen wohl auch über diese Parteien abgestimmt und damit das Friedensabkommen legitimiert hätten.
- Wo die Gespräche über Verfassungsänderungen fehlschlagen, wenden wir uns wirtschaftlichen Fragen zu und vergessen dabei, dass die Macht der ethno-nationalistischen Elite gerade durch die Verfassung zementiert ist, und dass es diese Elite war, die eben jene Wirtschaft unseres Landes, die wir angeblich reformieren möchten, in den Ruin getrieben hat.
- Mit geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Ungleichheiten überhaupt setzen wir uns nicht auseinander, weil der freie Markt – und wichtiger noch – die von Gebern finanzierten Projekte das ja regeln werden. So wird es auch nicht als Problem gesehen, wenn etwa ein Geberland Projekte zur Förderung der Reproduktionsrechte von Frauen finanziert und gleichzeitig genau jene Reform des Gesundheitswesens finanziell und politisch unterstützt, nach der unsere Frauen- und Geburtskliniken geschlossen werden sollen.
- Wo wir die Anzahl von Frauen in der Politik erhöhen wollen, tun wir das, indem wir nachzählen, wie hoch der prozentuale Anteil von Frauen liegt. Die patriarchalen Strukturen und den ethno-nationalistischen Rahmen, in dem gewählte Politikerinnen dann aber erwartungsgemäß zu Veränderungen im Land beitragen sollen, berücksichtigen wir dabei aber nicht.
- Geht es darum, den Arbeitsmarkt "für Frauen" zu öffnen, dann denken wir nicht daran, mit welchen Einschränkungen und Umständen Frauen eigentlich konfrontiert sind, die sich in diesen Arbeitsmarkt einbringen wollen – wie zum Beispiel die mangelnde Funktionalität öffentlicher Dienste, die Infrastruktur, etc.
- Unter wirtschaftlicher Stärkung von Frauen verstehen wir die Unterstützung von Handarbeitsprojekten, die Vergabe von Mikrokrediten oder Finanzhilfen an kleine Start-up Unternehmen, die dann alle auf dem neuen freien Markt konkurrenzfähig sein sollen. Aber den insgesamt Zugang von Frauen zu Ressourcen und zu Entscheidungsfindungsebenen ziehen wir dabei gar nicht in Betracht.

Und so geht es immer weiter. Wo positive Ansätze vereinbart wurden, sind sie nicht bis in alle Teilbereiche durchdacht und/oder es mangelt ihnen bei der Umsetzung an wichtigen Elementen.

Der dritte und abschließende Punkt, den ich zur Sprache bringen möchte, und der zugleich die AUSKLAMMERUNG der Zivilgesellschaft und die AUSKLAMMERUNG thematischer Teilbereiche in sich verknüpft, ist der NEOLIBERALISMUS.

Was in der Analyse der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) stark heraussticht, ist, dass die gesamte Ausgestaltung des Friedens in Bosnien fest auf einem liberalen

Verständnis von Frieden und auf neoliberalen Ideen über die Erholung und den Wiederaufbau eines Landes nach dem Krieg beruht. Was bedeutet:

- die Liberalisierung des Marktes als ein "Weg das Land durch die Anziehung von Investitionen zu stabilisieren" und so genannte freie Wahlen abzuhalten, ohne die durch den Krieg geschaffenen Machtverhältnisse infragezustellen;
- die Privatisierung von Staatseigentum (oder gesellschaftseigener Wirtschaftsgüter);
- die Bevorzugung ausländischer Investoren und Eliten beim Zugang zu Ressourcen und eine minimale staatliche Verwaltung, eingebettet in ein Konzept von "Good Governance" – aufgrund der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung Bosnien-Herzegowinas mit einer Regierung auf Bundesebene, zwei Entitäten, 10 Kantonen und einem Distrikt wurde dies anhand eines gewaltigen Verwaltungsapparates umgesetzt, der für die Bürger allerdings nur geringe Dienste leistet.

Insgesamt hat diese Richtungslegung für die Bürger Bosnien-Herzegowinas auf allen Ebenen extrem negative Effekte und einige sehr spezifische Konsequenzen für das Leben von Frauen mit sich gebracht.

- sei es im Leben der zivilen Opfer des Krieges, die bis heute keine Entschädigungen erhalten;
- sei es im Leben all jener Frauen, denen es obliegt, sich um all die Kriegsverletzten zu kümmern, für die es bis heute keine ordentliche medizinische Versorgung gibt, weil Investitionen in öffentliche Dienste niemals Teil des volkswirtschaftlichen Plans für den Wiederaufschwung in Bosnien-Herzegowina waren;
- oder sei es im Leben der entlassenen Arbeiter, unter denen sich eine ganz erhebliche Anzahl von Frauen befindet, deren Fabriken und Arbeitsplätze als Teil des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg geschlossen oder privatisiert wurden und die man damit in eine prekäre Lage gebracht hat.

Die Friedensbildung anhand des Systems der freien Marktwirtschaft führte dazu, dass irgendwo unterwegs oder eigentlich schon recht bald zu Anfang die Tatsache in Vergessenheit geriet, dass Bosnien-Herzegowina ein Land war, das gerade einen Krieg hinter sich hatte. Und was das betrifft, so kann man mit Blick auf die Politiken und Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft nicht einmal mehr von einer schwachen Konfliktanalyse sprechen. Eine Konfliktanalyse hat vielmehr überhaupt nicht erst stattgefunden.

Was wir in Bosnien-Herzegowina also heute haben, ist kein Frieden, der auf einem ordentlichen Verständnis des Geschehen aufgebaut wäre, der durch die Einbeziehung sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit für alle aufrechterhalten würde, der auf die besonderen Bedürfnisse großer Teile unserer Gesellschaft, die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden und unter denen Frauen einen erheblichen Anteil ausmachen, mit Nachdenklichkeit und Aufmerksamkeit einginge, Nein, was wir heute haben, ist die Abwesenheit von militarisierter Gewalt, eine Art Status Quo (womit sollte allerdings nicht gesagt sein soll, dass es in Bosnien-Herzegowina aktuell etwa keine Gewalt oder Militarisierung gebe - beide sind überaus präsent).

Dieser Status Quo wird aufrechterhalten durch die Eigeninteressen der Kriegsherren und der ethno-nationalistischen Elite, durch die Vorstellung der Internationalen Gemeinschaft, dass Austeritätsmaßnahmen zu Fortschritt führen und dass Privatisierung ein magisches Rezept sei, das alles zu heilen vermag, ergänzt durch eine absolute Blindheit gegenüber der Tatsache, dass sich die Folgen des Krieges in Bosnien-Herzegowina mit dem Jahr 1995 keineswegs in Luft aufgelöst haben.

Ein sehr wichtiger Stützpfeiler, der all dies befördert, ist die Bereitschaft der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), unsere Forderungen nach Frieden und Demokratie - im Sinne von echter, bedeutungsvoller Teilhabe, Einflussnahme und Bestimmungshoheit über die Richtung, in sich die unsere Nachkriegsgesellschaft entwickelt, entweder:

- schroff zu übergehen (Da heißt es etwa: *"Wir haben keine Zeit für Sie und Ihre nebensächlichen Anliegen."* oder *"Sie sind keine legitimierte Vertreter des Landes, denn wir verhandeln ja mit Ihren gewählten Politikern, die Sie selbst durch 'freie' Wahlen bestimmt haben."*)
- oder Frieden und Demokratie als Ware zu betrachten, mit der sich handeln lässt (*"Sehr gut, dass Sie um dieser Angelegenheit kümmern. Da ist uns Ihr Engagement auch sehr willkommen, an anderer Stelle aber nicht, und erst recht nicht, wenn Sie mit Ideen kommen, die von den unseren abweichen."*)

Und es sieht auch nicht so aus, als habe man mit dieser Herangehensweise hinsichtlich der Frage, wohin sich das Land – abgesehen von der freien Marktwirtschaft – denn entwickeln soll, je eine klare Linie verfolgt. Ich weiß nicht, wie viele Reformen das Land durchlaufen oder begonnen und dann verworfen hat. Die derzeit aktuelle Version ist die mit großem R geschriebene "Reform-Agenda", die den Nachkriegskontext von Bosnien-Herzegowina kategorisch ignoriert, die Geschlechterfragen gegenüber vollkommen blind ist und die erschreckend wenig Raum für einen demokratischen Dialog zwischen Regierung und Bürgern bereithält. In Anbetracht des Umfangs der Eingriffe, die diese Reformagenda mit sich bringt, wird sie einen maßgeblichen Einfluss darauf nehmen, wie sich soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit in diesem Land künftig werden umsetzen lassen. Für einen dauerhaften Friedens sind soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit aber unerlässlich, und wenn man hier abbaut, anstatt vorhandene Kapazitäten und Erfahrungen auszubauen und Rechte verstärkt auch in die Praxis umzusetzen, wird das einer weiteren Konsolidierung des Friedens kaum zuträglich sein.

Übersetzung: Sabine Isbanner